

JULI 2026

Policy Paper

Dynamik trifft Gerechtigkeit

„Social Investment“ als Leitbild
eines modernisierten Sozialstaats

AUTOREN

Dr. Dominic Afscharian
Torben Fischer
Prof. Dr. Anton Hemerijck
Dr. Fabian Mushövel

Hinweis

Dieses Policy Paper baut auf dem Bericht „Social Investment in Deutschland“ auf. Detaillierte Erörterungen, Hintergrundinformationen und Analysen finden sich [hier](#) (Mushövel und Hemerijck 2026).

Executive Summary

Deutschlands Sozialstaat steckt in einer Reformdebatte, die wirtschaftliche und soziale Ziele als Gegensatz behandelt. Aber die Politik kann mit einer Social Investment-Agenda sowohl die Wirtschaft fördern, als auch sozialpolitische Sicherungen stärken, statt sie gegeneinander auszuspielen. Sozialpolitik kann eine beschäftigungsstärkende Zukunftsinvestition sein, wenn ihre Teilbereiche gestärkt und aufeinander abgestimmt werden.

Wir empfehlen daher den konsequenten Ausbau der drei investiven Säulen moderner Sozialpolitik:

- In Fähigkeiten investieren, insbesondere in Bildung, z. B. durch die Stärkung frühkindlicher Bildungsangebote und ein bundesweites System des lebenslangen Lernens aus einem Guss.
- Übergänge zwischen Lebensphasen fördern, insbesondere in den Arbeitsmarkt, z. B. durch den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur und dedizierte Vätermonate im Elterngeld.
- Soziale Sicherung stärken, z. B. durch Entgeltsicherung, Reduktion der Transferenzugsraten und Bündelung von Leistungen.

Zusammengedacht wird Sozialpolitik so zum Chancenmotor für wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. Diese Potenziale liegen zu lassen, kann sich Deutschland mit Blick auf die aktuelle ökonomische Stagnation nicht länger leisten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Sozialpolitik als Investition	5
3. Eine Frage der richtigen Kombination	7
4. Zentrale Reformbedarfe	9
5. Ein Update für die Soziale Marktwirtschaft	15
Quellen	16
Autoren	17

Einleitung

Der deutsche Sozialstaat steckt in einer seiner größten Reformdebatten. Dabei treffen unterschiedliche Perspektiven über Reformnotwendigkeiten aufeinander und ringen um gemeinsame Lösungen. Eine nachhaltige Reformagenda braucht dabei eine gemeinsame Zielvorstellung, die bislang aber nur bedingt ersichtlich ist. Trotz aller Bekenntnisse zu Reformen fokussiert die Debatte immer wieder reflexhaft auf Widersprüche zwischen Wirtschaft und Sozialem.

Dieser Antagonismus ignoriert, dass eine Modernisierung der Sozialen Marktwirtschaft ökonomische und soziale Ansprüche miteinander vereinen muss. In Zeiten ökonomischer Stagnation und politischer Spannungen, getragen von Status- und Verlustängsten, kann sich das Land weder das Festhalten an verkrusteten Strukturen noch sozialen Kahlschlag leisten. Wie kann also eine gemeinsame Zielvorstellung für die Reformdebatte aussehen, die Wirtschaft und Soziales nachhaltig zusammenbringt?

Die Idee des „*Social Investment*“ gibt die Antwort: Sozialpolitik sollte so gestaltet sein, dass sie als Zukunftsinvestition wirken kann. Anstatt defensiv die schlimmsten Folgen anstehender Transformationen abzufedern, kann Deutschland mithilfe klug gestalteter Sozialpolitik die Initiative ergreifen und seine Zukunft positiv gestalten. Über entschlossene soziale Investitionen und eine bessere Verzahnung von Reformen kann die Politik wirtschaftliche Potenziale heben, die Arbeitsmarktbeteiligung steigern und das Land gleichzeitig sozialer und wettbewerbsfähiger machen. So kann Social Investment das Leitbild sein, das den aktuellen Reformwillen in eine gemeinsame Reformagenda überführt.

Eine solche Agenda braucht sowohl konkrete sozialinvestive Reformen als auch deren passgenaue Abstimmung aufeinander. Aktuelle Vorhaben der Bundesregierung, vom geplanten Abbau der Transferentzugsraten bis zur Nationalen Weiterbildungsstrategie, können enger zusammengedacht und durch Ansätze wie eine Entgeltsicherung, gestärkte frühkindliche Bildung und Betreuung sowie dedizierte Vätermomente im Elterngeld ergänzt werden, um Deutschlands Soziale Marktwirtschaft für die Zukunft zu wappnen.

Sozialpolitik als Investition

Das Leitbild eines investiven Sozialstaats steht auf einem breiten Fundament der Forschung. Im europäischen Vergleich (Hemerijck und Bokhorst 2026), vor allem in den skandinavischen Sozialstaaten¹, wurde längst erkannt, dass Sozialpolitik eine Zukunftsinvestition sein kann, wenn sie richtig ausgestaltet ist (Heckman 2006; Erixon 2010; Nelson und Stephens 2011; Bouget et al. 2015; Hemerijck 2017; Garritzmann et al. 2021). Mit dem 2002 entstandenen konkreten Ansatz des Social Investment verbindet sich ein neues Solidaritätsverständnis, das die Befähigung von Menschen

¹ Für eine nuancierte Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen in Nordischen Staaten, siehe Nelson (2026) und Pöyliö und Peltoniemi (2026).

als wichtigen Bestandteil einer modernen Sozialpolitik stärker in den Fokus rückt (siehe auch Esping-Andersen 2002).

Dabei investiert der Staat bereits früh in Wohlergehen und Kompetenzen junger Menschen, um ihnen später Zugang zu gut bezahlten und produktiven Jobs zu ermöglichen. So steigen individuelle Selbstbestimmung und wirtschaftliche Produktivität, was wiederum Steuereinnahmen erhöht und langfristige Ausgaben des Sozialstaats senkt. Auch im weiteren Lebensverlauf können gezielte soziale Investitionen zu langfristigen Produktivitätsgewinnen führen. Im Idealfall kann beispielsweise ein gut gestaltetes Arbeitslosengeld sowohl die Verstärkung und Verfestigung von Armut abfedern als auch den Weg in bessere Beschäftigung fördern. Effektive Familienpolitik kann den Übergang von der Elternzeit zurück in den Arbeitsmarkt erleichtern. Bildungspolitik ist die Basis zukünftigen Wohlstands in einer Wissensgesellschaft. Die Forschung spricht mit Blick auf diese Absicherungen, Übergänge und Humankapitalinvestitionen von *Buffer*-, *Flow*- und *Stock*-Maßnahmen als zentrale Säulen des Social Investment-Ansatzes. Wie so oft liegt der Teufel aber im Detail.

Drei Säulen investiver Sozialpolitik

Der Social Investment-Ansatz teilt Sozialpolitik in drei Säulen auf. Diese müssen alle bearbeitet, eng aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden, damit Sozialpolitik ihre investiven Potenziale vollständig entfalten kann. In der Praxis erfüllen viele sozialpolitische Maßnahmen mehrere Social Investment-Funktionen gleichzeitig.

01

Buffer-Maßnahmen

umfassen Leistungen der klassischen sozialen Sicherung, also beispielsweise das Arbeitslosengeld. Ihre investive Funktion liegt u. a. darin begründet, dass sie die Vertiefung und Verstetigung sozialer Verwerfungen verhindern. So stellen sie sicher, dass Menschen in prekären Situationen nicht so tief fallen, dass sie nicht wieder in ein selbstständiges Leben zurückfinden können.

02

Flow-Maßnahmen

dienen der Erleichterung von Übergängen zwischen Lebensphasen, so z. B. der Wiederaufnahme eines Jobs nach der Geburt eines Kindes. Maßnahmen wie Elterngeld oder Betreuungsangebote für Kinder können also beispielsweise investiv wirken, wenn sie die Reintegration in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

03

Stock-Maßnahmen

beschreiben sozialpolitische Policies, die als Humankapitalinvestitionen fungieren können. Sie umfassen insbesondere die Bildungsinfrastruktur, die Menschen für den Arbeitsmarkt qualifiziert.

Das Argument, Sozialpolitik könne eine Investition sein, ist auch in der deutschen Debatte nicht völlig neu. Insbesondere bei den Verhandlungen um die Schuldenbremse spielte es eine Rolle (siehe z. B. IG Metall 2025). Dabei muss aber anerkannt werden, dass nicht jede sozialpolitische Inter-

vention automatisch eine Zukunftsinvestition ist. Der Sozialstaat erfüllt viele Zwecke, die schlicht auf Gerechtigkeitsfragen abzielen, ohne klare fiskalische Gewinne abzuwerfen. Das macht entsprechende Maßnahmen aber nicht weniger legitim, denn sie verfolgen wichtige Ziele von sozialem Ausgleich bis zu politischer und gesellschaftlicher Stabilität (Afscharian 2025).

Sozialpolitik aber auf diese Rollen zu reduzieren ist nicht zielführend, denn in Zeiten wirtschaftlicher Abschwünge führt diese Denkweise schnell dazu, dass die Sozialsysteme fälschlicherweise als rein optionale Konsumprogramme wahrgenommen werden. Diese Tendenz ist riskant, denn sozialpolitische Maßnahmen stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Passt man eine Policy an, so kann das die Effekte anderer Policies beeinflussen. Das birgt einerseits das Risiko, dass unbedachte Kürzungen negative soziale und letztlich wirtschaftliche Folgekosten mit sich bringen, kann aber im positiven Sinne auch genutzt werden, um Sozialpolitik fiskalisch und ökonomisch tragfähiger zu machen.

Deutschland macht beispielsweise in den drei Dimensionen des *Social Investment* bereits einiges richtig (Mushövel und Hemerijck 2026). Von der Förderung gleichberechtigter Sorgearbeit und des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen durch das Elterngeld über den Ausbau der frühkindlichen Betreuungsinfrastruktur bis hin zur Weiterbildungsförderung nach dem Ansatz des *Lifelong Learning* hat die Bundesrepublik in den letzten zwei Jahrzehnten wichtige Fortschritte gemacht. Diese Ansätze sind für sich genommen bereits wertvoll, lassen aber zugleich zusätzliches investives Potenzial liegen, wenn sie nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt sind.

3.

Eine Frage der richtigen Kombination

Wenn Sozialpolitik ihr Potenzial als Investition maximieren soll, muss sie ein stimmiges Gesamtpaket bilden. *Stock*-, *Flow*- und *Buffer*-Maßnahmen wirken am besten, wenn sie ineinandergreifen (Plavgo et al. 2026). Beispielsweise sind Humankapitalinvestitionen in Form von Bildung zweifelsohne zentral für Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Solche *Stock*-Maßnahmen verschenken aber viel Potenzial, wenn sie nicht von *Flow*-Ansätzen begleitet werden, die den Eintritt und Verbleib qualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt unterstützen, beispielsweise in Form von Kinderbetreuungsangeboten. Zugleich ist gerade weiterführende Bildung ohne *Buffer* wie finanzielle Unterstützung in prekären Phasen (z. B. Arbeitslosigkeit, Geringverdienst) für viele Menschen kaum erreichbar.

Umgekehrt erfüllen *Buffer*-Maßnahmen eine eigene investive Funktion, da sie eine Verstetigung von Armut und sozialer Exklusion verhindern können – sofern sie sinnvoll durch *Flow*-Maßnahmen wie aktive Arbeits-

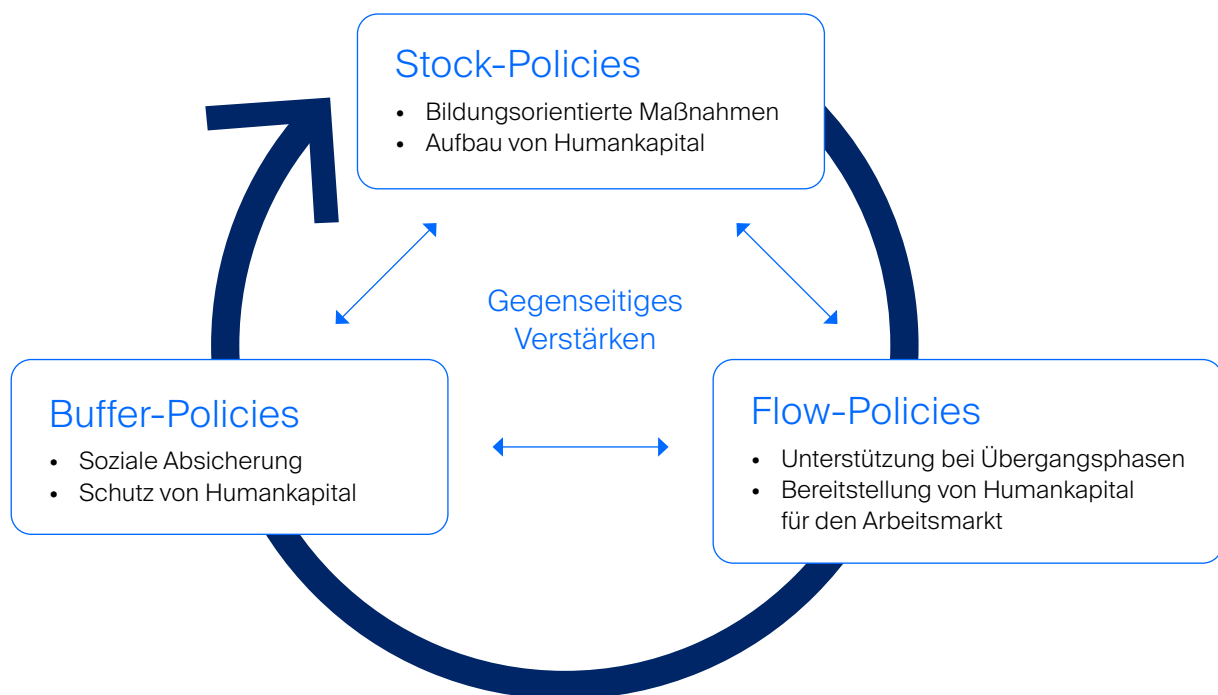
marktpolitik begleitet werden. Eine solche Kombination aus Absicherung und Arbeitsvermittlung setzt aber häufig weitere *Stock*-Maßnahmen in Form von beruflicher Weiterqualifikation voraus, wenn sie langfristig wirken soll.

Auch *Flow*-Maßnahmen zur Erleichterung von Übergängen zwischen Lebensphasen hängen vom sozialpolitischen Gesamtpaket ab. Ohne eine solide bildungspolitische Grundlage ist ein Übergang in den Arbeitsmarkt oft nur schwer möglich. Wer bei Arbeitslosigkeit wiederum ohne Absicherung in extreme Armut fällt, ist durch ein System der Arbeitsvermittlung kaum zu erreichen.

Ein gut abgestimmtes System sozialpolitischer Maßnahmen kann so im Idealfall einen Multiplikatoreffekt erzeugen: Auch bei widrigen Startbedingungen werden Menschen ausgebildet und schnell in besser bezahlte und der Qualifikation entsprechende Arbeit gebracht, wodurch sie ihre eigene Existenz tragen und Wirtschaft und Staat unterstützen können.

Abb. 1

Schematische Darstellung Social Investment



Quelle: Adaptiert von Hemerijck (2017)

In der Praxis läuft dieses System allerdings nicht immer reibungslos. So verfügt Deutschland zwar über eine solide Basis, um zum Social Investment-Staat zu werden, kann aber noch deutlich mehr erreichen. In anderen Publikationen beleuchten wir die einzelnen Teilbereiche des Social Investment-Ansatzes in Deutschland ausführlicher (Mushövel und Hemerijck 2025a; 2025b; 2025c). Eine übergreifende Erkenntnis besteht dabei darin, dass die einzelnen Elemente des deutschen Sozialsystems oft nicht hinreichend ineinandergreifen (Mushövel 2026; Mushövel und Hemerijck 2026).

Statt Sozialpolitik aus einem Guss besteht ein Flickenteppich (Afscharian et al. 2026) zwischen Systemen, Akteur:innen und Regierungsebenen, die das investive Potenzial schmälern.

Dieses Defizit wird besonders mit Blick auf die aktuelle Debatte um den deutschen Arbeitsmarkt deutlich. Schon länger trifft der Vorwurf, die Deutschen seien arbeitsscheu (Mittelstands- und Wirtschaftsunion 2026), auf steigende Zahlen qualifizierter Personen, die keinen Arbeitsplatz finden (Bundesagentur für Arbeit 2025; 2026). Diese Widersprüche dürften sich mit Blick auf rapide Arbeitsmarktdisruptionen durch künstliche Intelligenz noch verschärfen. Ob diese langfristig mehr Arbeitsplätze schaffen, als sie obsolet werden lassen, ist zwar noch offen, aber für kurzfristige politische Herausforderungen zunächst zweitrangig; so oder so wäre Deutschland gut beraten, so viele Menschen wie möglich für die Bedarfe der laufenden Transformation zu qualifizieren und diese Qualifikation in Arbeitsmarktbeteiligung zu übersetzen.

4.

Zentrale Reformbedarfe

Vor diesem Hintergrund sollte die Politik bei den vereinbarten Reformvorhaben möglichst schnell existierende Abstimmungslücken im Sozialstaat schließen, damit seine einzelnen Systeme effektiver ineinandergreifen können. Wir illustrieren dies beispielhaft anhand eines auf die beschriebene Situation zugeschnittenen Maßnahmenpakets, das Teil einer größeren Social Investment-Agenda für Deutschland werden könnte. Mit Blick auf Humankapitalinvestitionen umfasst dieses die Stärkung frühkindlicher Bildungsangebote und ein bundesweites System des lebenslangen Lernens aus einem Guss. Übergänge zwischen Lebensphasen können durch den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur und dedizierte Vätermomente im Elterngeld begleitet werden. Zudem wären die Einführung einer Entgeltsicherung, die Reduktion der Transferentzugsraten und die Bündelung von Leistungen sinnvolle *Buffer*-Maßnahmen. Die von uns vorgeschlagenen Ansätze sind dabei bewusst so gewählt, dass sie an andere Maßnahmen anschlussfähig sind.

Übergänge zwischen Arbeits- und Familienleben

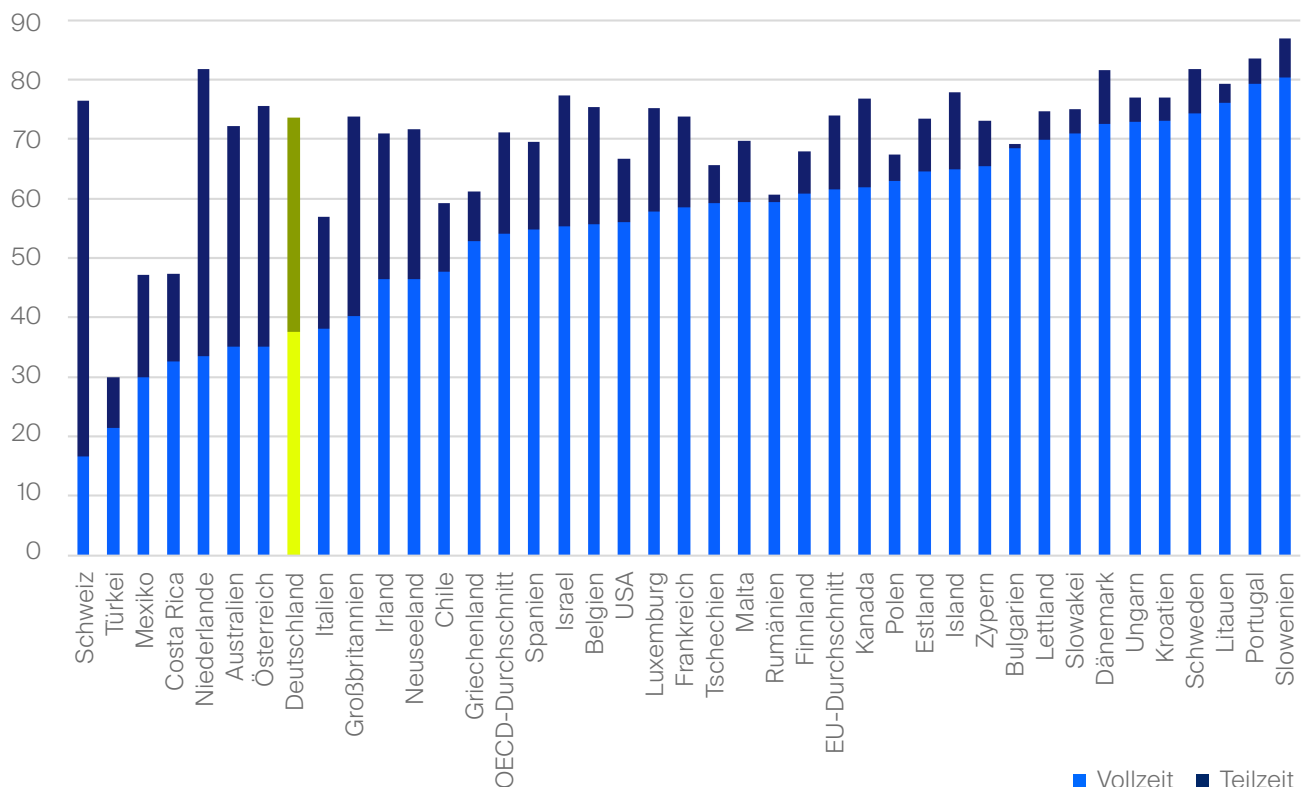
Eine besonders klare Social Investment-Lücke im deutschen Sozialsystem klafft mit Blick auf *Flow*-Maßnahmen für junge Eltern. Nach wie vor sind Abdeckung, Qualität und Öffnungszeiten frühkindlicher Betreuungseinrichtungen in Deutschland extrem ungleich verteilt (siehe auch Bertelsmann Stiftung 2026). Dadurch kann es dazu kommen, dass junge Eltern, vor allem Frauen, die früh wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen, nicht die Möglichkeit haben, in Vollzeit (oder überhaupt) zu arbeiten, wenn das lokale Angebot an Kindertagesstätten unzureichend ist (Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 2026). Die reine Existenz eines KiTa-Platzes löst dabei nicht alle Probleme, da insbesondere kurze Öffnungszeiten und lange Anfahrten eine realweltliche Vereinbarkeit von

Familie und Beruf erheblich erschweren können. So bleiben hohe Investitionspotenziale aus dem Bildungssystem ungenutzt, selbst, wenn Eltern eigentlich lieber arbeiten würden.

Diese Effizienzverluste werden dadurch verschärft, dass ein längeres Fernbleiben vom Arbeitsmarkt den Wiedereinstieg erschwert und künftige Beschäftigung destabilisiert (Umkehrer 2020). Selbst dort, wo der Wiedereinstieg problemfrei verläuft, kehren vor allem Frauen dauerhaft in Teilzeit und mit deutlich geringerer Stundenzahl in den Job zurück (Pfahl et al. 2026). Dadurch wird im weiteren Karriereverlauf der Aufstieg erschwert. Entsprechend problematisch wirkt sich daher auch die Tatsache aus, dass es in Deutschland, anders als in einigen seiner europäischen Nachbarstaaten (Dobrotić et al. 2025), keine unübertragbaren Vätermonate gibt. Durch die Übertragbarkeit des Elterngelds zwischen Partner:innen entstehen vor dem Hintergrund dominanter sozialer Normen und Einkommensgefälle Anreize für eine stark einseitige Übernahme durch die Mutter (Afscharian et al. 2026, 24–25). Unter berufstätigen Eltern mit einem Kind unter 3 Jahren waren 2024 nur 3,1% der Väter in Elternzeit, während es bei Müttern 44,3% waren (vgl. Mushövel und Hemerijck 2026). Dadurch verlängert sich die Abwesenheit der Mütter vom bzw. ihre geringfügige Beteiligung am Arbeitsmarkt (Frodermann et al. 2023), was die Kosten einer Reintegration erhöht.

Abb. 2

Beschäftigungsquote von Müttern mit Kind im Alter 0 – 14 Jahre, Teilzeit und Vollzeit im OECD-Vergleich in %, 2021



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der OECD (2021)

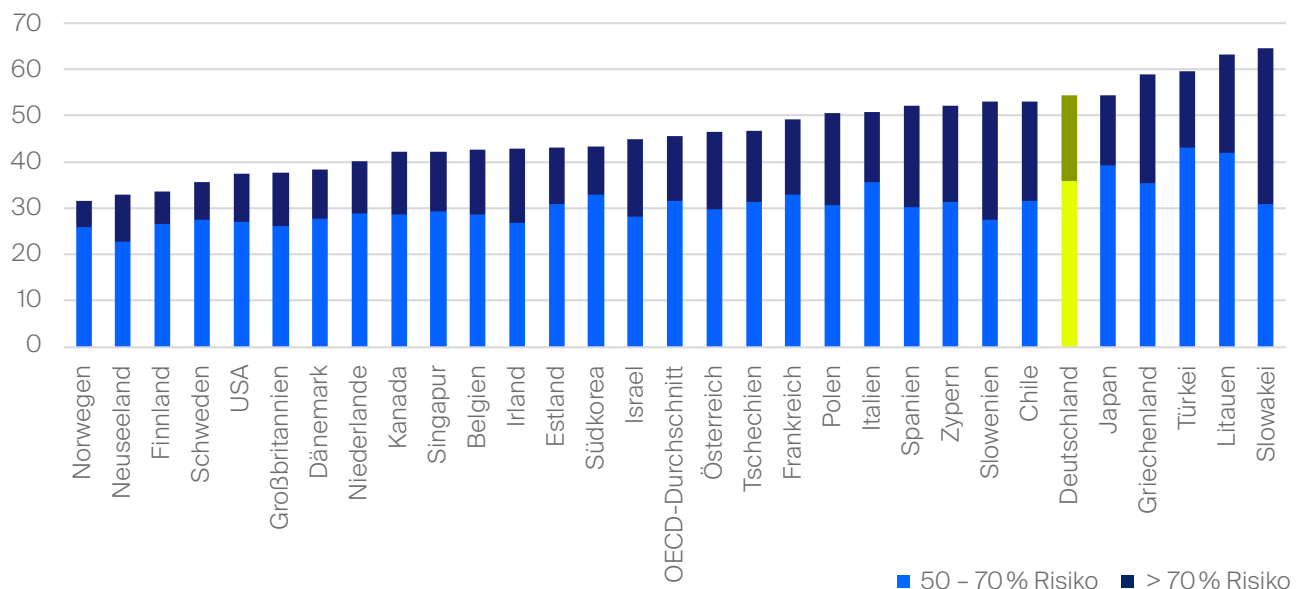
Zwei vielversprechende *Flow*-Maßnahmen, die Deutschland in einer Social Investment-Agenda verfolgen könnte, bestehen also (a) in einem *erheblichen KiTa-Ausbau in Fläche, Qualität und Öffnungszeiten inkl. Angeboten für atypische Arbeitszeiten* und (b) der *Einführung nicht übertragbarer Vätermomate*. Mit Blick auf den KiTa-Ausbau darf dabei nicht vergessen werden, die steigenden Ansprüche über angemessene Arbeitsbedingungen zu decken, um breite Verfügbarkeit mit hoher Qualität von Betreuungsangeboten zu verschränken. Über diese Maßnahmenkombination könnten Angebote mit Anreizen verbunden werden, um über *Flow*-Maßnahmen die investiven Potenziale von Bildung als *Stock*-Maßnahme effektiver zu nutzen.

Absicherung und Befähigung bei prekärer Beschäftigungslage

Auch im Bereich der *Buffer*-Maßnahmen gibt es Reformansätze, die zur Stärkung der investiven Effekte des deutschen Sozialsystems beitragen können. Gerade mit Blick auf die schwer vorhersehbaren Auswirkungen des technologischen Wandels müssen diese Maßnahmen Absicherung mit Anreizen zur Arbeitsmarktintegration verbinden. Diese beidseitige Betrachtung ist im internationalen Vergleich für Deutschland besonders wichtig, da es innerhalb der OECD zu den Staaten mit dem größten Anteil an von Automatisierung bedrohten Jobs gehört.

Abb. 3

Anteil der von Automatisierung bedrohten Jobs in %



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Nedelkoska und Quintini (2018)

Ein in Deutschland unterbelichteter Ansatz besteht in der sogenannten *Entgeltsicherung*. Dabei würde der Staat Personen, die aufgrund von Schocks und Transformationen einen schlechter entlohten Arbeitsplatz annehmen, einen Teil des Entgeltverlusts zeitlich begrenzt kompensieren. Im Idealfall könnte dieser Ansatz neben abfedernden Effekten den Arbeitsmarkt auch dynamischer machen und präventiv Transformationskosten reduzieren. Je nach Höhe, Befristung und Zugangsbedingungen könnten nämlich Anreize geschaffen werden, bereits vor einem „großen Knall“ in Zukunftssektoren zu wechseln. Durch diese Anreize könnte in nicht zukunftsfähigen Sektoren auch der Druck auf das Kurzarbeitergeld sinken (für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den empirischen Effekten des Kurzarbeitergelds, siehe Brinkmann et al. 2024). Entsprechende Ersparnisse dürften die Nettoaussgaben für eine Entgeltsicherung teilweise auffangen. Die Maßnahme könnte eine derzeit diskutierte Reform des Kurzarbeitergelds (Anders und Meier 2026) zudem sozial verträglicher machen. Dabei zeigen Erfahrungen aus europäischen Nachbarstaaten wie Frankreich und insbesondere Spanien die Potenziale auf, die eine stärkere Begleitung von Kurzarbeit mit Fortbildungen und Anreizen zum Arbeitsplatzwechsel haben kann (Fitzenberger und Walwei 2023). Anders als die jüngst durch die Bundesregierung vorgeschlagenen steuerlichen Vergünstigungen für Abfindungszahlungen (Bundesregierung 2026) würde sich eine Entgeltsicherung nicht primär an bereits entlassene Spitzenverdiener:innen richten, sondern Anreize für einen freiwilligen Arbeitsplatzwechsel von Beschäftigten in Zukunftssektoren hinein schaffen.

Zwar wurde ein der Entgeltsicherung ähnliches System in Deutschland zwischen 2003 und 2011 für Beschäftigte über 50 Jahren bereits erprobt und seinerzeit sehr begrenzt in Anspruch genommen (Dietz et al. 2011). Einiges deutet darauf hin, dass dies an mangelnder Bekanntheit, hohen bürokratischen Hürden und engen Zugangsvoraussetzungen lag. Evaluationen einer Entgeltsicherung in den USA legen erhebliche positive Effekte einer solchen Maßnahme nahe, wenn sie sinnvoll ausgestaltet wird (Hyman et al. 2024). Die Maßnahme flexibilisierte nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern führte langfristig auch zu höheren Löhnen für diejenigen, die sie in Anspruch nahmen. Eine Entgeltsicherung sollte daher niedrigschwellig zugänglich sein und mit Weiterbildungsmaßnahmen verknüpft werden, beispielsweise durch eine Verflechtung mit Job-to-Job-Qualifizierungen (vgl. Bundesregierung 2026). Höhe und Laufzeit sollten so gewählt werden, dass die beschriebenen Anreize erhalten bleiben, ohne übermäßige Mitnahmeeffekte zu erzeugen.

Darüber hinaus werden derzeit mehrere Reformansätze diskutiert, die aus Social-Investment-Perspektive umgesetzt werden sollten. Die erste Maßnahme besteht im *Absenken der Transferentzugsraten*. Diese verringern tendenziell die Anreize zur Aufnahme von (Mehr-)Arbeit, da sie jeden hinzuverdienten Euro um den Betrag senken, zu dem eine Sozialleistung im Gegenzug reduziert wird. Dies ist vor allem für Familienkonstellationen herausfordernd, in denen Mehrarbeit des Zweitverdieners oder der Zweitverdienerin zu deutlicher Schlechterstellung, etwa bei vorrangigen Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag, führen können. Um diesem Problem zu begegnen, ohne die absichernden Effekte von *Buffer*-Maßnah-

men aufzugeben, könnten Leistungen mit steigendem Einkommen langsamer abgeschmolzen werden. Ergänzend hierzu bietet sich die ebenfalls diskutierte *Zusammenlegung von Leistungen wie der Grundsicherung, dem Wohngeld und des Kinderzuschlags* an (Tagesspiegel 2026). Auch hier hängt vieles aber an der konkreten Umsetzung. Im Idealfall könnte dieser Ansatz die Sicherungssysteme vereinfachen, administrative Aufwände reduzieren und Transferentzugsraten leichter ersichtlich machen.

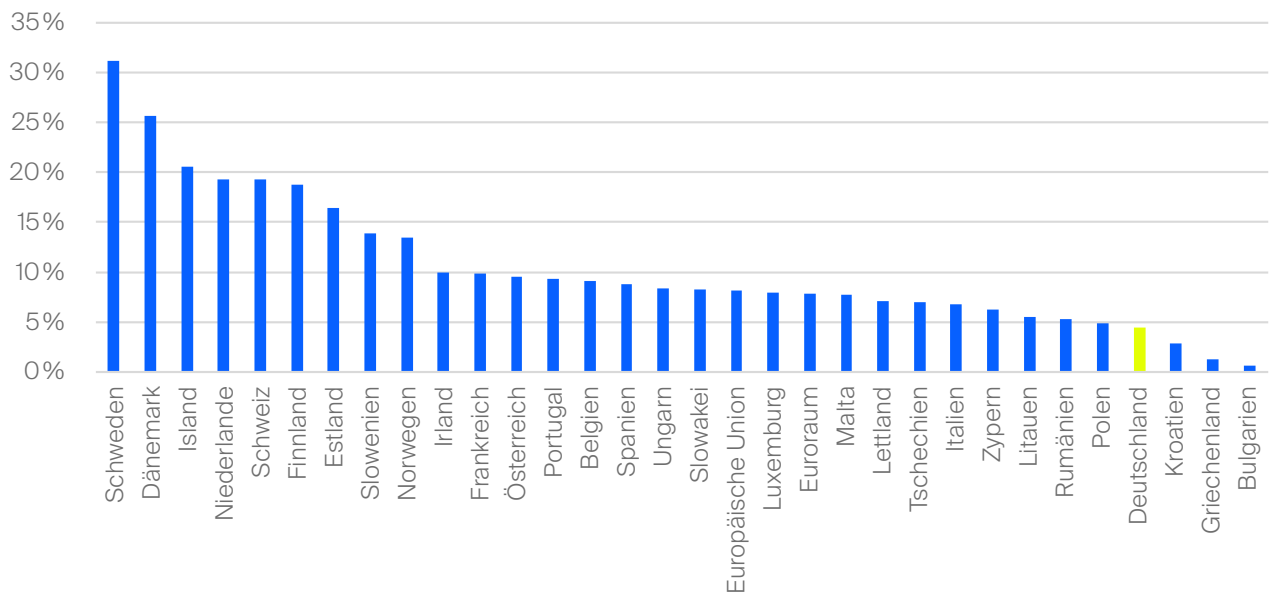
Bildung am Lebensanfang und im Arbeitsleben

Wenn Infrastruktur und Anreize geschaffen sind, um eine stärkere Arbeitsmarktbeteiligung zu begünstigen, können die Potenziale früher Bildungsinvestitionen besser genutzt werden. Das setzt aber voraus, dass gerade Kinder, die durch ihr Elternhaus nur begrenzt Zugang zu früher Bildung erhalten, mit fairen Chancen ins Leben starten. Die zuvor geschilderten Maßnahmen zur Stärkung von KiTas stabilisieren also nicht nur Übergänge zwischen Lebensphasen, sondern sind auch eine frühe Humankapitalinvestition. Darüber hinaus wären diverse Maßnahmen zur Reform der frühen Bildung in Deutschland vielversprechend. Dazu gehören unter anderem die *Vereinfachung der Leistungen für Bildung und Teilhabe*, eine stärkere *bundesweite Harmonisierung der frühen Bildung*, die *Förderung, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Familienzentren*, die *langfristige Gestaltung von Fördermitteln* sowie *proaktive Familienpolitik* (Afscharian et al. 2026).

Im weiteren Lebensverlauf gilt es, Fachkenntnisse aktuell zu halten. Hierzu ist lebenslanges Lernen als Teil der *Stock*-Maßnahmen im Social Investment-Ansatz unerlässlich. Das System der Weiterbildung im Berufsleben ist in Deutschland allerdings zwischen verschiedenen politischen Ebenen, Akteur:innen und Anbieter:innen aufgeteilt (Eichhorst und Marx 2022). Daraus ergibt sich ein unübersichtliches Gesamtkonstrukt, das für eine Inanspruchnahme erhebliche Recherchearbeit seitens der Arbeitnehmer:innen voraussetzt und nur schwer staatlich zu steuern ist. Die Nationale Weiterbildungsstrategie hat diese Probleme aufgegriffen, konnte sie aber bislang nicht hinreichend auflösen. Wie Abbildung 4 zeigt, liegt Deutschland im europäischen Vergleich am unteren Ende der Teilnahmequoten an Weiterbildungsmaßnahmen unter 55-64-Jährigen, weit hinter Staaten mit starken Social Investment-Regimen wie Schweden und Dänemark.

Abb. 4

Teilnahmequote an Weiterbildungsmaßnahmen 55 – 64-Jährige, 2024



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Eurostat (2026)

Zudem müssen neben der Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten auch die Rahmenbedingungen verbessert werden. Hierzu zählt eine auf die zeitlichen Bedarfe, etwa junger Familien, *abgestimmte Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten*, die mit flexibler Kinderbetreuung (s. o.) einhergeht. Außerdem müssen finanzielle Hürden, die dazu führen, dass Menschen aufgrund von Verdienstaussfällen keine Weiterbildung in Anspruch nehmen, über *maßgeschneiderte Förderung* (z. B. Weiterbildungsprämie bzw. Weiterbildungsgeld) abgebaut werden (siehe auch Artmann 2026).

Um den geschilderten Defiziten zu begegnen, bietet es sich an, *die Koordinierungs- und Entscheidungsstrukturen der Nationalen Weiterbildungsstrategie zu verstetigen* und Weiterbildungsangebote zwischen Anbieter:innen abzustimmen. Die Bundesregierung könnte darüber hinaus darauf hinarbeiten, einheitliche Qualitätsstandards zu schaffen, Angebote bundesweit zu harmonisieren und insbesondere bei der Finanzierung bürokratische Hürden abzubauen. Verbesserungsbedarf besteht zudem bei der frühzeitigen *Identifikation von Qualifizierungsbedarfen* sowie der Ausgestaltung von *finanziellen Anreizen zur Teilnahme* seitens der Beschäftigten. Dieser Aspekt sollte mit der oben erörterten Entgeltsicherung zusammengedacht werden. Letztlich geht es ähnlich wie im Bereich der frühkindlichen Bildung (Afscharian et al. 2026) vor allem darum, Deutschlands Flickenteppichproblem anzugehen.

Ein Update für die Soziale Marktwirtschaft

Deutschlands Sozialstaat benötigt ein Update. Reformen sind notwendig, um über lange Zeit gewachsene Strukturen zu modernisieren, ohne jedoch die vielen wertvollen Programme aufzugeben, die Menschen absichern und durch Krisen helfen. Diese nun besser und zielgerichteter aufeinander abzustimmen, sollte im Interesse aller sein – sowohl aus sozialen als auch aus ökonomischen und fiskalischen Gründen.

Wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit müssen kein Widerspruch sein, sondern können sich gegenseitig begünstigen. Statt zu fragen, ob wir uns den Sozialstaat noch leisten können, sollte vielmehr im Fokus stehen, wie lange wir es uns noch leisten wollen, sozialinvestive Potenziale liegen zu lassen. Sozialpolitik kann eine Investition sein, wenn die richtigen Maßnahmen gewählt werden und ihre Elemente schlüssig aufeinander abgestimmt sind.

Der zugrundeliegende Social Investment-Ansatz baut auf einer breiten Forschungsbasis auf und knüpft an die Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft an. Zudem kann er den vermeintlichen Widerstreit zwischen wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherung in eine positive Zukunftsperspektive umwandeln. Dabei geht es nicht nur um die Absicherung des Sozialstaats, sondern auch um die Wiederbelebung ökonomischer Potenziale in Zeiten ökologischer und digitaler Transformation.

Die hier präsentierten Policies illustrieren ausschnitthaft, wie der deutsche Sozialstaat investiver wirken kann. Verschiedenste sozialpolitische Maßnahmen bauen dabei über den Lebensverlauf hinweg aufeinander auf und hängen voneinander ab. Sie besser im Sinne investiver Sozialpolitik aufeinander abzustimmen, muss das Leitbild für kommende Reformen sein.

So gibt es zwei Punkte, auf die die Bundesregierung ihre Reformagenda fokussieren sollte: der konsequente Ausbau sozialinvestiver Maßnahmen aller drei Säulen des Social Investment sowie die Abstimmung dieser Maßnahmen aufeinander. Beispielhaft empfehlen wir die Stärkung frühkindlicher Bildungsangebote, die bundesweite Harmonisierung des lebenslangen Lernens, den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur, die Einführung dedizierter Vätermomente im Elterngeld, die Reduktion der Transferentzugsraten, die Bündelung von Leistungen sowie die Einführung einer Entgeltsicherung. Aufbauend auf Maßnahmen dieser Art entsteht eine Reformvision für Deutschland, die Sozialpolitik nicht nur als Kostenfaktor, sondern als Chancenmotor begreift.

Deutschland muss sich nicht zwischen wirtschaftlicher Dynamik oder sozialer Gerechtigkeit entscheiden. Social Investment kann ein Weg sein, die Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert zu modernisieren. Solange dabei die wichtigen distributiven, politischen und gesellschaftlichen Effekte des Sozialstaats nicht vergessen werden, kann aus oft negativ behafteten Reformdebatten ein gemeinsames Projekt der Erneuerung entstehen.

Quellen

Afscharian, Dominic. 2025. Ideas of Social Europe: Enhancing or Eroding European Integration? Cheltenham: Edward Elgar.

Afscharian, Dominic; Fischer, Torben; Bänsch, Laura und Herrmann, Sara. 2026. „Fostering children's opportunities: What Germany can learn from its European peers". Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik.

Anders, Leander und Meier, Volker. 2026. „Fachkräftemangel bei hoher Arbeitslosigkeit: Politische Handlungsoptionen". ifo Schnelldienst 5. München: ifo Institut.

Artmann, Elisabeth. 2026. „Nur eine Minderheit der Personen ohne Berufsabschluss kennt Weiterbildungsprämie und Weiterbildungsgeld". IAB-Forum. Überprüft: 28. Mai 2026. <https://iab-forum.de/nur-eine-minderheit-der-personen-ohne-berufsabschluss-kennt-weiterbildungspraemie-und-weiterbildungsgeld/>.

Bertelsmann Stiftung. 2026. „Startseite". Ländermonitor Frühkindliche Bildung. Überprüft: 1. Juni 2026. <https://www.laendermonitor.de/de/startseite>.

Bouget, Denis; Frazer, Hugh; Marlier, Eric; Sabato, Sebastiano und Vanhercke, Bart. 2015. „Social Investment in Europe: A study of national policies". Brüssel: European Commission.

Brinkmann, Christina; Jäger, Simon; Kuhn, Moritz; Saidi, Farzad und Wolter, Stefanie. 2024. „Short-Time Work Extensions". Working Paper. Working Paper Series. National Bureau of Economic Research. <https://doi.org/10.3386/w33112>.

Bundesagentur für Arbeit. 2025. „Arbeits- und Fachkräftemangel trotz Arbeitslosigkeit". Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

———. 2026. „Blickpunkt Arbeitsmarkt: Akademikerinnen und Akademiker | Februar 2026". Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesregierung. 2026. „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung". Berlin: Bundesministerium der Finanzen.

Dietz, Martin; Koch, Susanne; Krug, Gerhard und Stephan, Gesine. 2011. „Die Entgelt-sicherung für Ältere: ein Auslaufmodell?" WSI Mitteilung 5/2011. Düsseldorf: WSI.

Dobrotić, Ivana; Blum, Sonja; Kaufman, Gayle; Koslowski, Alison; Moss, Peter und Valentova, Marie. 2025. „21st International Review of Leave Policies and Related Research 2025". Zagreb: International Network on Leave Policies and Research.

Eichhorst, Werner und Marx, Paul. 2022. „Reform der beruflichen Weiterbildung in Deutschland: Impulse aus dem Ausland". Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Erixon, Lennart. 2010. „The Rehn-Meidner Model in Sweden: Its Rise, Challenges and Survival". Journal of Economic Issues 44 (3): 677–715.

Esping-Andersen, Gøsta, Hrsg. 2002. Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press.

Eurostat. 2026. „Participation rate in education and training (last 4 weeks) [trng_ifse_01]". https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/product/page/trng_ifse_01__custom_20806748.

Fitzenberger, Bernd und Walwei, Ulrich. 2023. „Short-time Work during the COVID-19 Crisis: Lessons learned". IAB-Forschungsbericht 5. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Frodermann, Corinna; Filser, Andreas und Bächmann, Ann-Christin. 2023. „Elternzeiten von verheirateten Paaren: Mütter kehren meist schneller auf den Arbeitsmarkt zurück, wenn ihre Ehepartner Elternzeit nehmen". 1/2023. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Garritzmann, Julian L.; Häusermann, Silja und Palier, Bruno. 2021. „Social Investment". In The Oxford Handbook of the Welfare State, herausgegeben von Daniel Béland, Stephan Leibfried, Kimberly J. Morgan, Herbert Obinger, und Christopher Pierson, 188–205. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198828389.013.11>.

Heckman, James J. 2006. „Skill Formation and the Economics of Investing in Disadvantaged Children". Science 312 (5782): 1900–1902. <https://doi.org/10.1126/science.1128898>.

Hemerijck, Anton, Hrsg. 2017. The Uses of Social Investment. Oxford: Oxford University Press.

Hemerijck, Anton und Bokhorst, David, Hrsg. 2026. Governing the Welfare Commons: On Europe's Social Investment Turn. Oxford: Oxford University Press.

Hyman, Benjamin G.; Kovak, Brian K. und Leive, Adam. 2024. „Wage Insurance for Displaced Workers". NBER Working Paper.

IG Metall. 2025. „Lesehilfe Mythenplakat Sozialstaat". Frankfurt am Main: IG Metall.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion. 2026. „Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit: Antrag des MIT-Bundesverbandes an den 38. CDU-Parteitag". Berlin: Mittelstands- und Wirtschaftsunion.

Mushövel, Fabian. 2026. „Successful Social Investment or Workfare Turn? An Analysis of Stock, Flow, and Buffer Reforms in the German Welfare State". In Governing the Welfare Commons: On Europe's Social Investment Turn, herausgegeben von Anton Hemerijck und David Bokhorst, 202–232. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/9780198971481.003.0008>.

Mushövel, Fabian und Hemerijck, Anton. 2025a. „Bildung als Investition: Wirtschaftswachstum durch moderne Sozialpolitik". Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik. <https://zentrum-neue-sozialpolitik.org/publikation/bildung-als-investition/>.

———. 2025b. „Übergänge zwischen Lebensphasen erleichtern: Fortschritt und Aufholbedarf in der deutschen Familienpolitik". Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik. <https://zentrum-neue-sozialpolitik.org/publikation/flow-policies/>.

———. 2025c. „Zwischen Sparzwang und Wachstum: Wie die geplante Bürgergeldreform Social Investment ausbremst". Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik.

———. 2026. „Social Investment in Deutschland". Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik.

Nedelkoska, Ljubica und Quintini, Glenda. 2018. „Automation, skills use and training". OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 202.

Nelson, Moira. 2026. „Disembedding the Swedish Model? Social Investment-Related Reforms in the Early Twenty-First Century". In Governing the Welfare Commons: On Europe's Social Investment Turn, herausgegeben von Anton Hemerijck und David Bokhorst, 364–387. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/9780198971481.003.0014>.

Nelson, Moira und Stephens, John D. 2011. „Do Social Investment Policies Produce More and Better Jobs?" In Towards a Social Investment Welfare State?, herausgegeben von Nathalie Morel, Bruno Palier, und Joakim Palme, 205–234. Bristol: Policy Press. <https://bristoluniversitypressdigital.com/display/book/9781847429261/ch008.xml>.

OECD. 2021. „OECD Family Database, LMF1.2 Maternal Employment". OECD. Überprüft: 11. Juni 2026. <https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecd-family-database.html>.

Pfahli, Svenja; Unrau, Eugen und Lindhorn, Anika. 2026. „Teilzeitquoten nach Elternschaft und Alter des jüngsten Kindes 2024". wsi.de. Überprüft: 1. Juni 2026. <https://www.wsi.de/de/zeit-14621-teilzeitquoten-nach-elternschaft-und-alter-des-juengsten-kindes-14741.htm>.

Plavgo, Ilze; Burgoon, Brian und Hemerijck, Anton. 2026. „Policy complementarity or substitution? The joint employment effects of active labor market policy and early childhood education and care". Socio-Economic Review, Mai, mwag021. <https://doi.org/10.1093/ser/mwag021>.

Pöyliö, Heta und Peltoniemi, Johanna. 2026. „Balancing Acts: Renegotiating the Social Investment Contract in Finland". In Governing the Welfare Commons: On Europe's Social Investment Turn, herausgegeben von Anton Hemerijck und David Bokhorst, 337–363. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/9780198971481.003.0013>.

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen. 2026. „Abhängig Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Nordrhein-Westfalen 2024 nach Geschlecht, Art der ausgeübten Tätigkeit und Hauptgrund für Teilzeittätigkeit". Überprüft: 1. Juni 2026. <https://www.it.nrw/nrw-kinderbetreuung-war-2024-f%C3%BCr-teilzeitbeschaeftigte-frauen-hauptgrund-fuer-teilzeittaetigkeit>.

Tagesspiegel. 2026. „Nur noch eine Anlaufstelle für Sozialhilfeempfänger: Arbeitsministerin Bas will Grundsicherung mit Wohngeld zusammenlegen". <https://www.tagesspiegel.de/politik/nur-noch-eine-anlaufstelle-fur-sozialhilfeempfanger-arbeitsministerin-bas-will-grundsicherung-mit-wohngeld-zusammenlegen-15556979.html>.

Umkehrer, Matthias. 2020. „Wiedereinstieg nach Langzeitarbeitslosigkeit: Welche Arbeitsverhältnisse sind stabil, welche nicht?" 15/2020. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Autoren

Dr. Dominic Afscharian



Projektmanager

Dr. Dominic Afscharian bringt seine Forschungserfahrung und sein Methodenwissen in die Projektarbeit am ZSP ein. Darüber hinaus lässt er sein Gespür für wissenschaftliche Trends und Innovationen in die Konzeption neuer Projekte einfließen und trägt zu einem erfolgreichen Transfer von Forschungsergebnissen in unsere Kommunikationsformate bei.

Torben Fischer



Senior Projektmanager

Torben Fischer kümmert sich am ZSP nicht nur um die Projektplanung und -steuerung, er ist außerdem für die Konzeption und Entwicklung von Studien und Projekten zuständig. An der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik bringt er seine langjährige Erfahrung aus der Forschung sowie Beratung ein.

Prof. Dr. Anton Hemerijck



Grantee

Prof. Dr. Anton Hemerijck ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie am European University Institute (EUI). Als Politikwissenschaftler und Ökonom widmet er sich seit 30 Jahren der Forschung zu europäischen Wohlfahrtsstaaten. Neben seiner akademischen Laufbahn, die ihn an zahlreiche europäische Institute führte, bringt er seine Expertise auch regelmäßig als Berater für die Europäische Kommission, europäische Regierungen und Thinktanks ein.

Dr. Fabian Mushövel



Grantee

Dr. Fabian Mushövel ist Marie Skłodowska-Curie Research Fellow am European University Institute (EUI) und Gastwissenschaftler am European Institute der London School of Economics and Political Science. Als wissenschaftlicher Experte für die politische Ökonomie von Wohlfahrtsstaaten und sozialpolitischen Reformen hat er in der Vergangenheit verschiedene Thinktanks und Politiker beraten.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Jan E. Fischer
Mansour Aalam

AUTOREN

Dr. Dominic Afscharian
Torben Fischer
Prof. Dr. Anton Hemerijck
Dr. Fabian Mushövel

REDAKTION & LEKTORAT

Judith Straub

GESTALTUNG & LAYOUT

Antonia Haase

KONTAKT

info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org

DOI

<https://doi.org/10.71432/zsp.pp.2026.05>

© Zentrum für neue Sozialpolitik 2026.
All rights reserved.



Das Zentrum für neue Sozialpolitik (ZSP) ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin.

Es entwickelt auf Grundlage wissenschaftlicher Evidenz politische Konzepte und Reformvorschläge mit dem Ziel, Sozialpolitik so weiterzuentwickeln, dass sie Chancengerechtigkeit, Befähigung und Selbstbestimmung wirksamer fördert.

Das ZSP veröffentlicht eigene Analysen und Positionspapiere, berät politische Entscheidungsträger:innen und bringt Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen.



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Zentrum für neue Sozialpolitik als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Zentrum für neue Sozialpolitik gGmbH
Ohmstraße 13
80802 München
Tel. +49(0)89/44 333 555-00
info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org

V. i. S. d. P.: Mansour Aalam
c/o Zentrum für neue Sozialpolitik
Ohmstraße 13
80802 München

Veröffentlicht im Juli 2026